

## Kalevi Sorsa, Finnland - ein europäisches Land (1988)

**Quelle:** Europäische Rundschau. 1988, n° 1/1988. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Europa Verlag GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/kalevi\\_sorsa\\_finnland\\_ein\\_europaisches\\_land\\_1988-de-282c8869-b27f-4d36-9e5c-857d801841b1.html](http://www.cvce.eu/obj/kalevi_sorsa_finnland_ein_europaisches_land_1988-de-282c8869-b27f-4d36-9e5c-857d801841b1.html)

**Publication date:** 06/09/2012

## Finland -ein europäisches Land

*Kalevi Sorsa*

Europa hat eine reiche Geschichte. Aus der Perspektive Mitteleuropas gesehen ist Finnland ein abgelegenes Land. Aber auch unsere Geschichte ist ein Bestandteil der großen Umwälzungen in Europa. Ohne die Napoleonischen Kriege Anfang des 19. Jahrhunderts wäre Finnlands Schicksal zweifellos anders verlaufen. Die nationalistischen Strömungen im Europa Mitte des 19. Jahrhunderts beeinflussten das Denken des finnischen Philosophen und Staatsmanns J. V. Snellman. Die Position und heutige Politik Finnlands kann man nur verstehen, wenn man sie mit der historischen Entwicklung unseres Kontinents in Zusammenhang bringt. Und umgekehrt trägt auch Finnland seinen eigenen Teil zum Europa der Zukunft bei, ob es sich nun um Politik, Wirtschaft oder Kultur handelt. In Verbindung mit der KSZE ist häufig zu hören, daß Finnland ein positives Element des Systems der Sicherheit in Europa geworden ist.

Als Bewohner eines Landes zwischen Ost und West haben wir vielleicht bessere Voraussetzungen als manche andere, die Vielfältigkeit Europas zu begreifen, und unser Europa ist ganz selbstverständlich ein Kontinent, der vom Atlantik bis zum Ural reicht. Finnland ist eine Schnittstelle von Ost und West, aber auch von Nord und Süd. Im vergangenen Jahrhundert war Europa unbestreitbar das Zentrum der Weltpolitik. Das ist es nicht mehr. Aber auch weiterhin spielt Europa für die elementaren Sicherheitsinteressen der Großmächte eine zentrale Rolle.

Es ist gut möglich, daß die Zeit, in der wir leben, sich einmal als eine Zäsur in der Geschichte Europas erweisen wird. Dem Sicherheitssystem unseres Erdteils liegt nach wie vor die Bipolarität der militärischen Allianzen zugrunde. Aber das Sicherheitssystem stützt sich in wachsendem Maß auch auf das Netz der über die Blockgrenzen hinweg erfolgenden Zusammenarbeit. Die KSZE beweist, daß die Kooperationsstrukturen in Europa weit über die Allianzpolitiken hinausreichen — das gilt auch für die Mitglieder der Allianzen selbst. EUREKA und ESA wiederum zeigen, welche Möglichkeiten auf breiter Teilnehmerbasis angelegte transnationale Prozesse im Vorfeld der industriellen Entwicklung bieten.

Finnland hat sich in seiner aktiven Außenpolitik auf Sachgebiete spezialisiert, auf denen die Grenzen durchlässig sind. Mit den Mitteln unserer von allen Seiten respektierten Neutralitätspolitik waren und sind wir bestrebt, zur Festigung der politischen Stabilität und Sicherheit beizutragen, ganz besonders, indem wir die Bedeutung der Zusammenarbeit herausstreichen. Im Licht unseres historischen Hintergrunds ist das natürlich. Zugleich aber steht es auch im Einklang mit unseren ureigenen Interessen, daß Sicherheits- und Wirtschaftsfragen, von denen wir selbst betroffen sind, immer mehr auf der Basis der Gleichwertigkeit aller involvierten Staaten behandelt werden.

### **Auf Feindbilder verzichten**

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat uns die Möglichkeit geboten, in vielerlei Kontexten auf die Entwicklung unseres Kontinents Einfluß zu nehmen. Dieser Weg, überstaatliche Fragen auf einer breiten Basis und unter Akzentuierung der gemeinsamen Verantwortung zu behandeln, entspricht ganz unseren eigenen Vorstellungen. Die KSZE hat offensichtlich nachhaltig bewiesen, daß die Sicherheit unteilbar ist. Der KSZE liegt die Einsicht zugrunde, daß Zusammenarbeit die beste Gewähr für Sicherheit bietet. Vielleicht ein Beweis für die Vernunft dieses Konzepts ist es, daß die KSZE keine mit pompösen Zeremonien geschaffene bürokratische Institution ist. Das Wesen der KSZE liegt in regelmäßiger, zäher und um Resultate ringender Arbeit.

Trotz aller Dramatik, die in unserer Zeit mit den Beziehungen zwischen den Großmächten verbunden ist, wird der europäische Alltag vor allem durch Pragmatismus und zweckorientiertes Handeln charakterisiert. Um uns für die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts rüsten zu können, benötigen wir natürlich Visionen, aber diese Visionen wollen auch in die Praxis umgesetzt werden. Ich sehe keinen Weg, wie sich die vor uns stehenden Herausforderungen ohne eine wachsende, die Grenzen nicht nur überschreitende, sondern sie sogar vergessende internationale Zusammenarbeit meistern lassen.

Nach wie vor ein Problem allerdings ist, daß einmal verinnerlichte Weltbilder sich nicht so leicht korrigieren lassen. Es ist schwer, auf die »lieb gewordenen« Feindbilder zu verzichten. In der internationalen Öffentlichkeit erhalten Vorgänge, die die Spannung verschärfen, wegen der ihnen innewohnenden Dramatik überproportionale Publizität. Die Grundströmung der Entwicklung dagegen, die allmähliche Aneignung eines über den nationalstaatlichen Horizont hinausreichenden Denkens, schafft viel seltener die Nachrichtenschwelle.

Wie dem auch sei, eine unbestreitbare Tatsache ist, daß wir in Europa bei den Bestrebungen um Schaffung eines neuartigen Klimas des Vertrauens große Fortschritte gemacht haben. Es geschieht viel, was Anlaß gibt zum Überprüfen alter Einstellungen, ganz besonders was die Zukunft anbetrifft. Wer hätte sich noch vor wenigen Jahren vorstellen können, daß die Armee der Deutschen Demokratischen Republik nach 24stündiger Vorwarnfrist Beobachter zu einem Manöver der Bundeswehr nahe bei Göttingen entsenden würde — so geschehen Anfang November 1987. Dies ist ein Resultat der Stockholmer Konferenz.

Wir brauchen nur an jene Anforderungen zu denken, die beispielsweise der Umweltschutz an uns alle stellt; oder an jene Möglichkeiten, die die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit in arktischen Gebieten bietet.

Finnland kann eine positive Funktion im internationalen Räderwerk ausüben, weil es ein Land ist, das sich seiner Identität wie auch seiner Interessen bewußt ist und letztere in seinem Tätigkeitsumfeld auch auf lange Sicht zu verteidigen imstande ist, wobei es die Bedürfnisse seiner Partner und jene Anforderungen berücksichtigt, die sich aus den gegenseitigen Abhängigkeiten ergeben. Kulturell sind wir ein skandinavisches Land, und wir haben eine weit zurückreichende Tradition im Umgang mit unserem östlichen Nachbarn.

### **Wie stehen wir zu Europa?**

Und wie stehen wir zu Europa? In einer vielbeachteten Rede, die er 1979 im Hamburger Überseeklub hielt, sagte Präsident Kekkonen: »Nach meinen Beobachtungen wird in Mittel- und Westeuropa ständig von >Europa< gesprochen, obgleich man nur die westlichen Teile unseres Kontinents meint. Begriffe lenken oft das Denken und das Denken lenkt das Handeln. Für uns Finnen ist es selbstverständlich, daß auch Finnland, im gleichen Maß wie die anderen nordischen Länder und wie überhaupt alle Nationen, die das gemeinsame römisch-byzantinische Kulturerbe teilen, zu Europa gehört.«

Um dasselbe mit weniger feierlichen Worten auszudrücken: Wir Finnen meinen mit Europa nicht das »Europa Brüssels«, sondern eher das Europa de Gaulles, das sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt. Oder wir meinen das KSZE-Europa, das neben unserem Kontinent auch die Vereinigten Staaten und Kanada einschließt, also alle jene Staaten, die involviert sind, wenn es um die Sicherheit Europas geht. Oder es kann unser eigenes handelspolitisches Europa sein, zu dem seit jeher sowohl der Osten als auch der Westen gehören. Derzeit weist der Kompaß unseres Außenhandels zu 65 Prozent nach Westen und zu 17 Prozent nach Osten.

Damit habe ich die Ausgangspunkte umrissen, auf deren Grundlage ich im folgenden einige westliche und östliche Entwicklungstendenzen behandeln möchte, wie sie sich aus der finnischen Perspektive darstellen.

Die Europäische Gemeinschaft bildet heute ein Marktgebiet, in dem rund 320 Millionen Menschen leben, womit es noch vor den beiden Großmächten rangiert. Der gemeinsame Markt ist mit den Jahren gewachsen, und zugleich ist die Kooperation der EG-Staaten auf immer neue Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens expandiert.

Allerhöchste Beachtung hat der Plan der EG gefunden, bis zum Jahr 1992 innerhalb der Gemeinschaft einen echten Binnenmarkt zu schaffen. Auf diese Weise soll ein völlig unbehinderter Fluß von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften ermöglicht werden. Der Weg dahin ist allerdings hürdenreich, denn die meisten Beschlüsse zur Verwirklichung dieses Programms setzen in den beschlußfassenden Gremien der EG qualifizierte Mehrheiten voraus. Die Schaffung eines Binnenmarkts ist ein wichtiger

Abschnitt in jenem Prozeß, dessen Ziel eine Wirtschaftsunion ist. Ob das Endresultat sogar ein lockerer Staatenbund nach dem Muster »Vereinigte Staaten von Europa« sein wird, bleibt abzuwarten.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Nicht-EG-Länder, besonders für jene, die einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht einmal erwägen?

Zweifellos sehr viel. Der derzeitige Prozeß hebt die europäische Integrationsentwicklung auf eine qualitativ neue Stufe. Dennoch ergibt sich aus ihm für uns kein Zwang zu einer prinzipiellen Umorientierung. Anders als Anfang der siebziger Jahre, als wir unsere Beziehungen mit EFTA und EG zu ordnen hatten, entstehen jetzt keine neuen Institutionen oder Verträge, die dem finnischen Gesetzgeber gänzlich neue und grundsätzliche Positionsbestimmungen abverlangten.

Die EG ist bis in die letzte Zeit hinein vom Grad ihrer Integration eine Zollunion gewesen, deren Mitglieder sich auf eine gemeinsame Außenhandels- und Agrarpolitik einigten und um Koordination ihrer Außenpolitik bestrebt waren. Die qualitative Veränderung liegt darin, daß man jetzt daran geht, die noch verbliebenen Hindernisse für den freien Fluß von Wirtschaftsgütern aller Art und für die wirtschaftliche Aktivität zu entfernen. In der Praxis setzt dies unter anderem eine weiter als bisher gehende Koordinierung und Harmonisierung der Politiken voraus, allerdings je nach Gebiet in recht unterschiedlichem Grad. Diese Entwicklung droht unsere Wettbewerbsposition gegenüber den EG-Ländern zu schwächen, sofern wir uns nicht mit adäquaten Maßnahmen auf sie einstellen.

Jetzt, da sich die EG anschickt, den Schritt von der Zollfreiheit zum echten Freihandel zu tun, geht es für uns darum, jenen Besitzstand zu bewahren, den wir 1973 bei der Ordnung unserer Beziehungen mit der EG erreicht haben. Das ist nicht ohne Harmonisierung vieler solcher Faktoren möglich, die direkten oder indirekten Einfluß auf unseren Handel haben. Mit anderen Worten: Letztlich geht es um eine Fortführung jener Anpassung an unser wirtschaftliches Umfeld, die auch schon bisher eine Richtschnur unserer Politik war.

### **Anschluß an den europäischen Zug**

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Bedeutung der Neutralität. Wie ich schon in früheren Zusammenhängen betont habe, ist Neutralität kein handelspolitischer Begriff. Besser ist es, von der Wahrung unserer Interessen mit Hilfe ausgewogener handelspolitischer Abkommen zu sprechen. Eine Voraussetzung für das Verfolgen unserer Neutralitätspolitik ist und bleibt es, daß wir unsere volle Souveränität bewahren und die Beschlußfassung in allen mit der Außenpolitik verbundenen Fragen in unseren eigenen Händen behalten. Somit ist unsere Neutralitätspolitik nicht mit einer Vollmitgliedschaft in der EG zu vereinbaren, und diese Unvereinbarkeit tritt desto deutlicher hervor, je stärker innerhalb der EG die Bestrebungen zur Schaffung einer Europäischen Union werden, deren Beschlußfassung unter anderem auf dem Gebiet der Außenpolitik übernational ist.

Wie ich feststellen konnte, ist die handelspolitische Grundlinie Finnlands, die Offenheit der Märkte, nicht mehr im gleichen Maß ein Gegenstand der Dispute wie in den sechziger und siebziger Jahren. Die Ergebnisse des von uns gewählten Wegs sprechen für sich. Als wir in den sechziger Jahren unsere eigene wirtschaftliche Integrationsentwicklung einleiteten, stand Finnland in der Lebensstandard-Statistik der europäischen OECD-Länder nur knapp über dem Durchschnitt. Heute übertrifft unser Lebensstandard das europäische OECD-Mittel um fast 50 Prozent. Der von uns eingeschlagene Weg hat uns Wohlstand und einen gewachsenen Lebensstandard gebracht.

Während sich die Zahl der Gegner der offenen Wirtschaft in Finnland verringert hat, gehen die Meinungen darüber, welche Opfer unserer Wettbewerbsfähigkeit gebracht werden müssen und dürfen, nach wie vor auseinander. Aber ohne Wettbewerbsfähigkeit ist unter den Bedingungen eines offenen Markts wirtschaftlicher Erfolg nicht möglich. Nur legen die zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit erforderlichen Maßnahmen vielen guten Bestrebungen schwer verdauliche Beschränkungen auf.

Während den einen schon die bisherigen Maßnahmen zu viel sind, verlangen andere eine viel weitergehende

Anpassung, damit wir den Anschluß an den europäischen Zug nicht verpassen.

In Finnland wird die Entwicklung aufmerksam verfolgt. Die Regierung ist bereit, jene Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wahrung unserer Interessen erforderlich sind.

In dieser Beziehung ist aus unserer Sicht eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen EFTA und EG die beste Alternative. Die EFTA ist eine nach jedem wirtschaftlichen Maßstab hochentwickelte Gruppe von Ländern, die alle Voraussetzungen besitzt, ihre Interessen zu verteidigen und die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa zu entwickeln. Aber angesichts des Charakters der EFTA ist ein gemeinsames Auftreten ihrer Mitgliedsländer nicht immer möglich, weshalb es erforderlich ist, sich die Möglichkeit zu bilateralen Verhandlungen und Verträgen mit der EG vorzubehalten.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa verläuft auf mehreren Gleisen. Die Richtung und das Tempo der Entwicklung werden durch die wirtschaftlichen Realitäten vorgegeben. Der Ausgangspunkt Finnlands ist, daß die wachsende Zusammenarbeit nicht zu einer Verschärfung der politischen oder ideologischen Gegensätze oder zur Errichtung neuer Grenzbarrieren führen darf. Wann immer wir können, wirken wir darauf hin, daß die Zusammenarbeit in dem Maß, wie es sich mit den objektiven Interessen der beteiligten Staaten vereinbaren läßt, auf eine möglichst breite Ebene ausgedehnt wird. Wir gehen davon aus, daß beispielsweise die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsunion durchaus kein Hindernis für die Entwicklung einer viel umfassenderen Zusammenarbeit in Europa wäre. Besonders auf jenen Gebieten, die dem zweiten Korb der KSZE zugerechnet werden, suchen wir eine breite europäische Zusammenarbeit zu fördern. In vollem Einklang mit dem Ziel einer breiteren westeuropäischen Zusammenarbeit stehen auch unsere Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern zu vertiefen und im Norden einen echten Binnenmarkt zu schaffen.

### **Angesichts der Perestrojka**

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion sind Vorgänge, die wir sehr aufmerksam zu verfolgen haben, nicht nur deshalb, weil sie höchst interessant sind, sondern vor allem deshalb, weil die Perestrojka zweifellos auf unseren eigenen Handel vielerlei Auswirkungen haben wird. Dank der öffentlichen Berichterstattung ist man bei uns über die sowjetische Wirtschaftsreform alles in allem relativ gut informiert. Die Zahl der Experten allerdings, die detailliertes Wissen über die Vorgänge haben, ist gering. Ich hielte es für wünschenswert, daß die Hochschulen im Rahmen ihrer eigenen Ressourcen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre der Sowjetwirtschaft einen größeren Stellenwert einräumen. Auch der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung ist es anzuraten, daß sie in ihren eigenen Ausbildungsprogrammen diesem Sachkomplex eine angemessene Priorität geben.

Ein Teil der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion wird sich auf die regelmäßigen finnisch-sowjetischen Handelsgespräche ziemlich schnell auswirken, der größte Teil erst im Lauf der Jahre. Auf jeden Fall gilt es, sich für die künftigen Entwicklungen zu rüsten und die verbleibende Zeit aktiv zum Studieren der Sowjetwirtschaft zu benutzen.

Die neue Gesetzgebung, die die Tätigkeit der Unternehmen in der Sowjetunion reguliert, tritt Anfang 1988 in Kraft und wird schon im darauffolgenden Jahr auf die gesamte Industrie ausgeweitet. Die Unternehmen werden mit größerem Selbstbestimmungsrecht ausgestattet, ein Teil erhält das Recht zu selbständigem Außenhandel. Zudem wird das System der Preisfestsetzung reformiert. Ein langfristiges Ziel ist es, aus dem Rubel eine konvertierbare Währung zu machen, was allerdings nicht von heute auf morgen geschehen wird.

Besondere Unterstützung gewährt die nationale Führung der Sowjetunion den Reformkräften — den Entwicklern der Technologien, den Unternehmensführern, die engagiert die Rationalisierung der Produktionsstrukturen vorantreiben, sowie jenen, die an der Entwicklung von Systemen zum effektiveren Einsatz der Ressourcen arbeiten.

Das Hauptgewicht der Perestrojka scheint auf einer besseren Ausnutzung des menschlichen Arbeitskraftpotentials zu liegen. Die Trends sind klar: Stärkung der Motivation, Anhebung der Produktivität,

Vermehrung der Erfolgsverantwortung, Steigerung des Kostenbewußtseins, Verbesserung der Eigenfinanzierung und Verringerung der Subventionierungen.

Mit der Rentabilität verbunden ist die Wettbewerbsfähigkeit. Auf längere Sicht läßt sie sich nur im Wettbewerb messen. Gerade über den wachsenden Wettbewerb auf den Märkten der Sowjetunion dürfte die Perestrojka ihre größten Auswirkungen auf die finnische Wirtschaft entfalten. Hierbei handelt es sich um große Veränderungen, die ganz ohne Zweifel einen beschleunigten strukturellen Wandel in der sowjetischen Wirtschaft herbeiführen werden. Es ist für uns sehr wichtig, die Folgen richtig vorherzusehen.

Die von mir behandelte wirtschaftliche Entwicklung ist ein Teil jener Gesamtentwicklung, die in Europa den Frieden und die Kontinuität des Fortschritts aufrechterhalten hat. Außerdem gibt es sowohl selbst bewirkte als auch durch äußere Faktoren ausgelöste politische Entwicklungen. Auch sie sind interessant für Finnland und für alle jene Länder, in deren Interesse es liegt, daß die politische Stabilität in Europa gefestigt wird — auch wenn wir unsere Interessen in diesen Fragen auf weniger konkrete Weise verfolgen als in wirtschaftlichen Belangen.

Die politische Integration Westeuropas war von Anfang an ein Ziel der Europäischen Gemeinschaft. Es wurde von Zeit zu Zeit neu bekräftigt — zuletzt auf der Stuttgarter Gipfelkonferenz mit einer feierlichen Deklaration, in der eine noch stärker integrierte Europäische Union als bisher anvisiert wurde.

Auch Deklarationen haben ihre Bedeutung. Wir selbst interessieren uns aber mehr für die konkrete Arbeit, die auf praktischer Ebene geleistet wird, für die Förderung des Dialogs und alle jene Maßnahmen, die die Stabilität festigen und geeignet sind, das Aufkommen von Problemen und das Entstehen von Krisen zu verhüten. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß sich der Meinungs austausch auf immer mehr Kontexte und Ebenen ausgeweitet hat.

Europa und seine sicherheitspolitische Entwicklung soll und kann man nicht getrennt von den Beziehungen zwischen den Großmächten betrachten. Die beiden Großmächte werden demnächst sehr relevante Verhandlungsergebnisse auf dem Gebiet der Atomwaffenabrüstung vertraglich fixieren. Dies ist das erste Mal, daß die Atomwaffenarsenale tatsächlich reduziert werden sollen. Eine derartige Entwicklung ist höchst willkommen. Sie beweist, daß die Großmächte gewillt sind, den Schritt in eine Zukunft zu tun, in der sich die Abhängigkeit von den Atomwaffen verringert.

Was bedeutet das für Europa? Wohin sind wir unterwegs? Mit diesen Fragen hat sich jede Regierung, die Verantwortung für die Sicherheit in Europa trägt, also auch die finnische, zu befassen.

### **Der INF-Vertrag und seine Folgen**

Aus der finnischen Perspektive läßt sich zu der sicherheitspolitischen Bedeutung der Rüstungskontrollverträge zwischen den Großmächten zunächst einmal feststellen, daß die Verträge unbestreitbar einen stabilisierenden Effekt haben, sowohl was das Gleichgewicht als auch was das internationale Klima angeht. Die Auswirkungen auf die Sicherheit der kleinen Staaten sind bemerkenswert. Dieser erste unterzeichnete Atomwaffenabrüstungsvertrag kann den Weg für andere und noch bedeutsamere Verträge freiräumen. Der Abschluß des INF-Vertrags bedeutet unter anderem einen qualitativ neuen Schritt auf dem Gebiet der Verifikation der Rüstungskontrollverträge. Wenn wir uns vor Augen halten, wie groß die Bedeutung ist, die der Verifikation beigemessen wird, ist dieser Schritt um so willkommener. Nicht zuletzt deshalb, weil er neue Perspektiven im Hinblick auf die Rüstungskontrolle auf Gebieten wie der chemischen und konventionellen Rüstung öffnet, wo sie eine besonders große Bedeutung für die Sicherheit in Europa hat.

Viele Anzeichen des zunehmenden Dialogs weisen darauf hin, daß man sich in Europa auf eine ernste Diskussion über die Festigung der gemeinsamen Sicherheit vorbereitet. Jetzt, da die Atomwaffenabrüstung begonnen hat, gilt es zu untersuchen, unter welchen Bedingungen die Rolle der Atomwaffen in Europa verringert werden kann und wie sich die auf Europa wirkende und von Europa ausgehende atomare Bedrohung eliminieren läßt.

Entscheidend für die Eliminierung der atomaren Bedrohung ist die Gewährleistung der konventionellen Stabilität und die Reduzierung des strategischen Waffenarsenals. Die Verantwortung und die Initiative verteilen sich auf verschiedene Gebiete und Ebenen. Von den Staaten Europas wird jetzt eine größere Aktivität erwartet als bisher.

Aus finnischer Sicht ist es wichtig, Methoden zur Reduzierung der konventionellen Rüstung auf dem Verhandlungsweg zu finden. Das wäre ein echtes Novum in der Geschichte Nachkriegseuropas. Genauso wichtig ist es, daß die Verhandlungen nach wie vor in Verbindung mit der KSZE geführt werden. Eine solche Lösung wäre geeignet, die Bedeutung der KSZE als Instrument zur Wahrung der Interessen ganz Europas zu betonen.

Für uns besonders bedeutsam sind die Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit in unserer Ecke Europas, besonders die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Norden und die Entspannung auf den nordischen Meeren. Wir halten an dem Prinzip fest, daß bei Vereinbarungen über Rüstungskontrolle die Sicherheitsinteressen aller betroffenen Länder gleichwertig berücksichtigt werden.